



Oberstadtdirektor

Begründung

zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 sowie zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 128, 1. Änderung, für das Gebiet zwischen Kurt-Schumacher-Straße und Ludolf-van-Ceulen-Weg

1. Allgemeines

1.1 Lage des Gebiets und bisherige Nutzung des Grundstücks

Der Geltungsbereich der Aufhebung sowie der Änderung erstreckt sich über die freie Fläche zwischen dem Ludolf-van-Ceulen-Weg im Westen, dem Grünzug im Norden, der Kurt-Schumacher-Straße im Osten und der Betriebsfläche der Firma Röhrig im Süden.

Der überwiegende Teil der Fläche wird heute landwirtschaftlich, der Rest als Schulgelände genutzt.

1.2 Eigentumsverhältnisse

Die Fläche ist ca. 8,2 ha groß; davon sind 5,0 ha Privateigentum (landwirtschaftliche Fläche), der Rest (Schulfläche und Grünzug) im öffentlichen Besitz.

1.3 Begründung der Planung

1.3.1 Ziel und Zweck der Aufhebung und der Änderung

Die Gemeinbedarfsfläche "Schule" wird in der festgesetzten Größe nicht mehr benötigt. Sie war zu ihrem überwiegenden Teil als Fläche für eine gewerbliche Berufsschule des Landkreises vorgesehen.

Die im Bebauungsplan festgesetzte Gemeinbedarfsfläche "Schule" wird in der jetzigen Größe nicht mehr benötigt, da der Landkreis erklärt hat, daß die Kreisberufsschule, die dort entstehen sollte, nicht mehr gebaut würde; damit ist der Festsetzung Gemeinbedarfsfläche "Schule" die Rechtsgrundlage entzogen und der Bebauungsplan insoweit zu ändern.

Da zur Zeit kein Bedarf an Bauflächen, welcher Nutzungsart auch immer, besteht, wird der Bebauungsplan für den Bereich der Berufsschule aufgehoben und die Fläche, der derzeitigen Nutzung entsprechend, als landwirtschaftliche Fläche weiter genutzt.

Damit wird die Möglichkeit offengehalten, ggf. auf zukünftige Entwicklungen nach Bedarf reagieren zu können.

Auf der verbleibenden Gemeinbedarfsfläche werden geringfügige Änderungen vorgenommen:

Die dort festgesetzten Baugrenzen müssen wegen der Herausnahme der Kreisberufsschulfläche auf die verbleibende Schulfläche bezogen werden.

Die übrigen Festsetzungen werden unverändert aus der 1. Änderung des Bebauungsplanes 128 übernommen.

2. Zahlenangaben (sh. Anlage 1)
3. Kosten entstehen der Stadt durch die Änderung und die Aufhebung nicht.
4. Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt Hildesheim.

Hildesheim, den 21.02.1985

Im Auftrage

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 18.03.1985 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 128, 2. Ä. sowie die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 128, 1. Ä., beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß bzw. der Teilaufhebungsbeschuß wurden gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 04.05.1985 ortsüblich bekanntgemacht.

Hildesheim, den 30.05.1985

Im Auftrage

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 18.03.1985 die öffentliche Auslegung gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 05.08.1985 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der Begründung hat vom 14.08.1985 bis 13.09.1985 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen.

Hildesheim, den 16.09.1985

Im Auftrage

Diese Begründung des als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 128, 2. Ä. sowie die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 128, 1. Ä., hat der Rat der Stadt Hildesheim am 21.10.1985 beschlossen.

Hildesheim, den 22.10.1985

Oberbürgermeister



Oberstadtdirektor

Anlage 1 der Begründung
2. Zahlenangaben

2.1 Flächen

2.11 Gesamtfläche des Geltungsbereiches	8,3562 ha
2.12 Flächen für Gemeinbedarf	3,2778 ha
2.13 Aufhebungsfläche	5,0784 ha